

Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Abendzeitung

德 華 日 報
中華郵政特准掛號立券之報紙

Eingetragen als Zeitung
auf dem Chinesischen Postamt.

9. Jahrgang

Tientsin, Dienstag, den 18. Oktober 1938.

Nr. 2471

Grossdeutschland

Zu Englands Aufrüstung

Berlin, den 18. Oktober (Transocean) Die besonders in der englischen Öffentlichkeit in den beiden letzten Wochen getriebene Rüstungspropaganda nahm die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ am Montag zum Anlass, nach den Hintergründen und den Motiven dieser Haltung zu fragen.

„Die verstärkte Aufrüstung ist“, so schreibt das Blatt, „in England schon im Gange. Noch in dieser Woche erwartet man von der Kabinettsitzung weittragende Beschlüsse militärischer Natur. Es wird sogar von einer Umbildung des Kabinetts zur besseren Durchführung des neuen Programms gesprochen.“

Die Kritik, die diese Entwicklung in Deutschland gefunden hat, wird von den Engländern mit der Frage beantwortet, ob Deutschland ihnen etwa die Gleichberechtigung absprechen wolle.

England behauptet, im Rückstand zu sein. Man spricht nicht viel von der Marine, da England zur See ja eine Ueberlegenheit von 100 zu 35 besitzt. Umsomehr spricht man von den anderen Waffen und besonders vom Luftschutz.

Wir bemerken hierbei die Tendenz, englische Schwächen zu unterstreichen oder gar zu übertreiben. Das mag für die englische Innenpolitik praktisch sein. Es wird aber damit zugleich ein neuer Angstkomplex gezüchtet, gegen den im Geiste von München eine ernsthafte Offensive aller von diesem Geist Beseelten einsetzen sollte.

Wenn die Engländer Lücken in ihrer Rüstung festgestellt haben, so wird ihnen natürlich keiner das Recht abstreiten, ihr Verteidigungssystem zu überprüfen. Den Engländern in ihre eigenen militärtechnischen Angelegenheiten hineinzureden, liegt uns fern.

Das wiederum würde so kurz, nachdem die verantwortlichen Staatsmänner den Wunsch beider Völker dokumentiert haben, nie wieder gegeneinander Krieg zu führen, auf zahllose Deutsche Rückwirkungen haben müssen, die dann wieder den Engländern recht unerwünscht wären. Wir kennen diesen Reigen, diesen circulus vitiosus, der deutsch-englischen Beziehungen, aus dem die beiden Völker herauswollen.“

Wenn die Engländer uns aber sagen, sie hätten den Frieden von München nicht gemacht, wenn sie stärker gewesen wären, müssen wir schliesslich aufhören.

Warum sehen die Engländer eigentlich ihren Ehrgeiz darin, eine „Legende vom Friedensengel“ zu zerstören. Dass England nicht nur für sich selbst höchste Sicherheit haben kann, wenn es im Besitze einer überragenden Weltreichstellung die kontinentale Stellung Deutschlands nicht etwa nur hinnimmt, sondern innerlich bejaht, diesem Kernsatz der deutsch-englischen Politik muss man den Engländern offenbar nach München nun doch deutlicher vorhalten als zur Zeit des Abschlusses des deutsch-englischen Flottenvertrages.

Auch den anderen Satz, dass unsere letzte territoriale Forderung in Europa nun erfüllt ist, möchten wir in den englischen Zeitungen etwas mehr beachtet sehen. Die gegenwärtige Rüstungspropaganda schiebt stattdessen alte Gesichtspunkte in den Vordergrund, die überwunden werden müssen, wenn der 30. September für unsere gemeinsame Zukunft etwas bedeuten soll.

Der Mann auf der Strasse muss sich doch in England fragen, gegen wen er sich nun verstärkt zu schützen habe. Die Frau muss sich doch beim Einkauf eines jeden Pfundes Tee fragen, warum auf jeder Tasse dieses Nationalgetränk ein Rüstungszuschlag liegt. Es denkt noch nicht jeder gleich an die Palästina-Armee, die um 6 000 Mann verstärkt wird!

Es trägt auch nicht zur Befriedigung der Geister bei, wenn die Zeitungen ihren Lesern Tag für Tag die angebliche englische „Schmach“ unter die Nase reiben. Das müsste absurderweise ja schliesslich dazu führen, dass die Rolle Englands in der Septembekrise von vielen Deutschen würdiger eingeschätzt wird als von den meisten Engländern. Es würde in englischen

Augen von der englischen Friedenspolitik und von dem englischen „Beitrag“ eigentlich garnichts übrigbleiben!

Gegen den politischen Katholizismus

Berlin, den 18. Oktober (Transocean) Die dem Auswärtigen Amt nahestehende Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz ging am Montag Abend nochmals auf die Ereignisse, die sich vor einer Woche in Wien vor dem Palais des Cardinals Innitzer abspielten, und auf ihr Echo in der Welt ein. Dem besagten Widerhall der unerfreulichen Ereignisse war es gemeinsam, wie die Korrespondenz feststellt, dass die eigentliche Ursache jener Vorfälle in der Weltpresse nicht erörtert wurde, nämlich die Grundlage, von der aus das Verhältnis zwischen Staat und Kirche betrachtet werden muss. Hierzu schreibt die Korrespondenz: „Die deutsche Haltung den Kirchen gegenüber bleibt unverändert, die, dass der nationale Aufbruch des deutschen Volkes unter keinen Umständen und auf keinem Wege von irgendwelcher Seite gehemmt und gestört werden darf. Wenn dieser Prozess in der Vergangenheit von klerikaler Seite leider nur zu oft missdeutet und dann beföhelt worden ist, so bedeuten derartige Irrungen und Irrtümer erst recht eine Warnung für die Kirche, sich nicht mit den höchsten Idealen der Nation in Widerspruch zu setzen, ein Standpunkt, der in anderen Ländern der Klerus meist verstanden und gewürdigt hat. Dem gegenüber ist es eine bewusste Verfälschung des Tatbestandes, wenn aus der Abwehr der Missbräuche des politischen Katholizismus, eine antichristliche Einstellung von Staat und Partei konstruiert wird. Noch niemals ist in Deutschland die Freiheit der kirchlichen Verkündung eingeschränkt oder gehindert worden. Der nationalsozialistische Staat hat im Gegenteil von Anbeginn an nicht nur eine klare Teilung zwischen der diesseitigen Aufgabe des Staates und der jenseitigen der Kirche getroffen und strikt eingehalten, sondern zählt auch heute noch der Kirche Zuschüsse in einer Höhe, die wohl kaum von einem anderen Staat in Europa erreicht oder übertroffen werden dürfte. Dort, wo es wirklich zu Streitigkeiten gekommen ist, befand sich bisher immer der Staat in Abwehr gegen eine Einmischung in seine Obliegenheiten und gegen eine Beanspruchung der politischen Kanzel durch

Höchstes Ergebnis

aller bisher in Berlin durchgeführten Strassensammlungen für das Winterhilfswerk

Berlin, den 18. Oktober (Transocean) Die von der Deutschen Arbeitsfront am Sonnabend und Sonntag durchgeführte erste Reichsstrassensammlung des Winterhilfswerkes 1938/39 erbrachte in Berlin einen vorläufigen Betrag von 830 000 Reichsmark. Dies Ergebnis ist das Höchste aller bisher in Berlin durchgeführten Strassensammlungen.

die Geistlichkeit. Es ist daher ein schlechter Dienst an der Kirche, wenn ihre Diener oder falschen Freunde ihre Funktionen geben möchten, die der Staat weder anerkennen noch dulden wird.“

Reichswirtschaftsminister Funk über Deutschlands Stellung im südosteuropäischen Wirtschaftsgebiet

Berlin, den 18. Oktober (Transocean) „Durch die grosse Bedeutung der Donau für den Südosten wird ein Wirtschaftsraum geschaffen, der von der Nordsee bis zum Schwarzen Meer reicht und sich in natürlicher Weise ergänzt“, so umriss Reichswirtschaftsminister Funk bei seiner Rückkehr vom Südosten gegenüber dem Wirtschaftsschriftleiter der „B. Z.“ am Mittag seine Reise, die ihn nach Jugoslawien, Bulgarien und der Türkei führte.

Unter Hinweis auf den der Türkei gewährten Kredit von 150 Millionen Reichsmark, der zur Errichtung grosser Industrieanlagen, zum Bau eines Kriegshafens und zur Vergebung von Einzelaufträgen grössten Ausmasses verwendet werde, sagte der Minister: „Jugoslawien, Bulgarien und die Türkei, die politisch befreundet sind, bilden eine Art Balkanachse, die von der deutschen Grenze bis zum Schwarzen Meer reicht. Diese Tatsache hat es ermöglicht über grosszügige, wirtschaftliche Aufbaupläne für alle drei Länder zu verhandeln, also beispielsweise über grosse Strassenbauten und durchgehende Fernsprechkabel. Die drei Staaten verfügen über reiche Naturschätze, besonders Erze, an deren Gewinnung man bis heute nicht herangegangen ist. Sie werden solche landwirtschaftliche Produkte verstärkt anbauen, die für Deutschland besonders abnehmbar sind, wie Baumr
(Fortsetzung Seite 8)-

Tschecho-Slowakei

Ungarisch-tschecho-slowakischer Grenzzwischenfall

Budapest, den 17. Oktober (Transocean) Laut Blättermeldungen aus der nordost-ungarischen Grenzstadt Mate Szalka wurde am Sonntag Abend um 21 Uhr von der tschecho-slowakischen Seite die Grenze bei Halabor und die ungarische Grenzwaache Cseke mit Schelnwerfern beleuchtet und dann beschossen. Tschecho-slowakische Soldaten gaben vier Schüsse auf ungarische Soldaten ab. Niemand wurde verletzt. Das Feuer blieb auf ungarischer Seite unerwidert.

Zur ungarisch-tschecho-slowakischen Auseinandersetzung

Budapest, den 17. Oktober (Transocean) Wie die hiesigen Montagabend Blätter wissen wollen, sollen Hitler und Mussolini eine Initiative zur Regelung der ungarisch-tschecho-slowakischen Auseinandersetzungen ergriffen haben. Die Blätter schreiben beiden die Absicht zu, dass direkte Besprechungen zwischen Ungarn und der Tschecho-Slowakei aufgenommen werden sollen. Die „Esti Ujsag“ will aus Rom erfahren haben, dass auf angeblich deutsch-italienischen Druck auf die tschecho-slowakischen Gesandten in Berlin und Rom die Tschecho-Slowakei im Laufe des Sonntag Abends ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht habe, die Verhandlungen mit Ungarn unverzüglich wieder aufzunehmen. Das Blatt meint dazu, es bestehe die Aussicht, dass diese Woche die Entwirrung der Lage bringen werde. Die Prager

Regierung sei gedrängt worden, neue Vorschläge zu machen, die, wenn sie auch die ungarischen Forderungen nicht voll befriedigten, doch eine neue Verhandlungsgrundlage bilden könnten. Nur im Falle eines weiteren ablehnenden Verhaltens von Prag würde eine neue Viermächtekonferenz auf italienischem Boden in Erwägung gezogen werden.

Von zuständiger ungarischer Seite liegen Aeusserungen zu diesen Blättermeldungen noch nicht vor. Es wird lediglich betont, dass nach ungarischer Auffassung die Regelung der ungarisch-tschecho-slowakischen Frage keinen Aufschub dulde.

Empfänge des polnischen Aussenministers

Warschau, den 18. Oktober (Transocean) Der polnische Aussenminister Beck empfing den italienischen Botschafter sowie den ungarischen Gesandten und den rumänischen Botschafter. Hiesige politische Kreise nehmen an, dass die Besprechungen der ungarisch-tschecho-slowakischen Frage gegolten haben.

Der ungarische Gesandte im britischen Aussenministerium

Berlin, den 18. Oktober (Sender) Wie aus London gemeldet wird, sprach gestern vormittag der ungarische Gesandte bei dem britischen Aussenministerium vor und erklärte den Grund des Abbruchs der ungarisch-tschecho-slowakischen Verhandlungen. Er fügte hinzu, dass sich Ungarn zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen entschlossen habe. Der genaue Zeitpunkt sei noch nicht festgelegt worden.